



VERBAND DES WISSENSCHAFTLICHEN
UND KÜNSTLERISCHEN PERSONALS
DER ÖSTERREICHISCHEN UNIVERSITÄTEN

DEMONSTRATION
PRO UNIS

Universität ist Leistung durch Kooperation, Verantwortung durch Partizipation

Die Demonstration für die Universitäten des Landes

Sie brachte am 27. Mai 2026 beachtliche 28.000 Personen auf die Straße, die gegen 6% Einsparungen für das geplante Unibudget von 2028 bis 2030 protestiert haben. Die Universitätsleitungen haben korrekt und nüchtern errechnet, dass sie für den laufenden Betrieb in der folgenden Leistungsvereinbarungsperiode 18 Mrd. Euro benötigen werden. Nur 16,1 Mrd. will die Bundesregierung hergeben. Damit ignoriert sie die implizit hauptsächlich inflationsbedingten Kostensteigerungen und gefährdet den laufenden Betrieb der österreichischen Universitäten.

Die kalkulierten 18 Mrd. sind demnach kein Wunsch, sondern der Bedarf, wie es Peter Holubar, Betriebsratsvorsitzender der BOKU treffend formuliert hat. Daher ist dieser Budgetstreit kein Rechenspiel, sondern berührt die staatliche Grundsatzfrage, ob und in welchem Ausmaß universitäre Forschung und Lehre zukünftig stattfinden sollen. Denn Fakt ist, dass alles unter 18 Mrd. Euro mit empfindlichem Substanzverlust einhergeht, sei es beim Personal, beim Betreuungsverhältnis, beim Lehrangebot, bei der Ausstattung, oder bei der Anzahl von Studierenden, die ja schon seit Einführung des Kennzahlensystems zur Studienplatzfinanzierung über die jeweiligen Leistungsvereinbarungen gelenkt werden kann.

„Hochschulbildung ist ein Recht und kein Privileg“, proklamierte Stefan Krammer von der Senatsvorsitzendenkonferenz. Wer schützt dieses Recht, wenn nicht nur speed killt, sondern auch Geld, wenn man es nicht hat? Was, wenn Sparen die schlichte Realität wird, fragt sich Holubar und betont, dass Österreich starke Universitäten als demokratische Bollwerke braucht und dabei handelt es sich nicht um eine Bitte, sondern um eine Notwendigkeit.

Die Gruppe des „Netzwerks Unterbau Wissenschaft“, vertreten durch Cornelia Dlabaja und Florian Part fordert eine nachhaltige Hochschulstrategie, solidarisiert sich mit den Interessen der Studierenden, lehnt daher Studiengebühren ab, fordert faire Gehaltsabschlüsse und beklagt wiederholt die anhaltende Aneinanderreihung von Kettenverträgen, womit eine mangelnde Wertschätzung des „Mittelbaus“ verbunden ist. Das skandierte Fazit: „Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut!“

Auch die Redebeiträge von Sigrid Stagl (Wissenschaftlerin des Jahres 2024) und Bianca Nageler (ÖH Vorsitz Uni Wien) berühren Grundsatzfragen, indem sie langfristiges Denken statt politischer Instabilität fordern, damit es ausreichend Antworten auf die schwierigsten Fragen unserer Zeit gibt. Stellen wir Einsparungen in Frage, weil Wissen Budgetsteigerungen verursacht!

ULV

Verband des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals an den österreichischen Universitäten
ZVR 066489821

27.05.2026



VERBAND DES WISSENSCHAFTLICHEN
UND KÜNSTLERISCHEN PERSONALS
DER ÖSTERREICHISCHEN UNIVERSITÄTEN

DEMONSTRATION PRO UNIS

Universität ist Leistung durch Kooperation, Verantwortung durch Partizipation

Eine Vertreterin von „Fridays for Future“ beklagt, dass viel Geld für Maßnahmen verschwendet wird, die Treibhausgaseffekte erhöhen, anstatt das Gegenteil zu tun. Lieber wird zerstört, als dass an die Zukunft gedacht wird. Es gibt eigentlich keinen Platz mehr für große Fehler in der Wirtschaft, vielmehr müssen diese konsequent verhindert werden und es darf keine sinnlosen Großprojekte mehr geben. An den Unis wird an Lösungen gearbeitet, die durch kritisches Denken entwickelt werden. Junge Studierende und junge Lehrende zeichnen ein eindrucksvolles Bild davon, was nächste Generationen leisten können und wollen, wenn man sie nur ließe.

Dementsprechend fordert Sebastian Schütze als Rektor der Universität Wien einen verlässlichen Finanzierungspfad, der drastischen Personalabbau, Verschlechterungen der Studienbedingungen und die Verringerung der Forschungsleistung sowie der Innovationskraft verhindert.

UNIKO Chefin Brigitte Hütter hält ein leidenschaftliches Plädoyer für Investitionen in die Menschen. Dabei wird kein Geld verbrannt, sondern in veredelter Form zurückgebracht. Die geplanten Kürzungen sind nicht hinzunehmen, weil wir nicht tausende Stellen streichen wollen und dem Nachwuchs Karrierestellen sichern wollen, sagt sie. Gute Bildungschancen und die Wettbewerbsfähigkeit müssen erhalten bleiben und können nicht dem Ziel geopfert werden, nur 4% des Bundeshaushalts auf Kosten der Universitäten abzusichern. Systemreformen zur Weiterentwicklung haben die Unileitungen geliefert und es läge nunmehr an der Regierung, Haltung zu zeigen.

Denn tut die Regierung das nicht, so können die Universitäten auch nicht als sicherer Hafen für Wissenschaftler:innen aus den USA angepriesen werden, weil es diesen Hafen nicht einmal für die eigenen Wissenschaftler:innen gibt. Planungssicherheit auf Basis der Autonomie war bisher eine Erfolgsgeschichte der Universitäten.

Sollte diese nicht mehr funktionieren, gibt es Lohnkürzungen, Kompensationskündigungen und keinen sozialen Zusammenhalt mehr. Vertreter:innen der ÖH ergänzen, dass eine Regierung, die Wissenschaft vernachlässigt, damit auch ihre Verantwortung vernachlässigt. Wir benötigen jedoch eine Politik, die auf Fakten baut.

Deshalb der Appell weiter zu demonstrieren und zusammen zu stehen!

Stefan Schön, Pressesprecher des ULV Österreich